



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/17 - 21.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Reusch, die Regierung und die Gewerkschaften	S. 1
Frankreich und Algerien	S. 3
Ollenhauers Besuch in Oslo	S. 4
Die Führungskrise im BHE	S. 5
Zeugen für Haubachs Größe	S. 7

Zurückgewiesene Herausforderung

P.R. Den über 800 000 Arbeitern, die am Sonnabend in einen 24stündigen Proteststreik gegen die oft zitierte Stellungnahme des Generaldirektors Dr. Reusch in der Mitbestimmungsfrage traten, gehen einige Millionen Lohn-Gelder verloren. Man fragt hier und da: Und das alles wegen der unbedachten Äußerung eines einzelnen Mannes? Das sei doch ein allzu krasses Mißverhältnis. Wäre es für die Gewerkschaften nicht vernünftiger, sich um ihre wichtigste Aufgabe zu kümmern, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter zu heben und zu sichern?

Gerade damit berührt man den Punkt, auf den es ankommt. Reusch ist mit dem, was er sagte, keine Einzelperson, sondern die Verkörperung einer ganz bestimmten Haltung weiter Unternehmerkreise. Ihm ein wirksames Halt! zuzurufen, ist den Arbeitern schon einiges wert. Für sie geht es eben, entgegen einer weitverbreiteten und für sie nicht besonders schmeicheilhafter Ansicht, nicht allein um Lohn und Lebensstandard, sondern um die Mitbestimmung im eigentlichen Sinne des Wortes. Es geht ihnen darum, zu verhindern, dass ein politisches Klima entsteht oder, da es leider schon in erheblichem Maße vorhanden ist, sich immer mehr ausbreitet, in dem zwar für die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter mehr oder weniger ausreichend gesorgt ist, in welchem sie aber sonst nichts zu sagen, geschweige denn mitzubestimmen haben. In der deutschen Arbeiterschaft muß man aus vielen Anzeichen entnehmen, dass die amtlichen Stellen in der Bundesrepublik

mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, unter denen der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, genannt sei - mit ihren Sympathien ganz eindeutig und einseitig bei den Reuschs stehen. Anders ist es nicht zu erklären, dass die anmassenden und herausfordernden Bemerkungen des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte in der amtlichen Behandlung der ganzen Angelegenheit nur wohlwollend erklärende oder gar entschuldigende Kommentare gefunden haben und dass alle Vorwürfe gegen die Gewerkschaften gerichtet sind, die sich gegen die Übergriffe des Genannten so nachdrücklich wie möglich zur Wehr setzen.

Auch das von einem Regierungssprecher gebrauchte Bild, es sei doch etwas anderes, wenn in einem Werk sozusagen ein Familienstreit zwischen dem Chef des Hauses und seiner Gefolgschaft ausgebrochen sei, als wenn nun fast eine Million Menschen durch Arbeitsniederlegung demonstrierten - auch dieses Bild ist wenig glücklich. Zunächst einmal handelt es sich bei den Äußerungen von Reusch nicht um häusliche, sondern um sehr grundsätzliche Fragen und außerdem sollte der Begriff der Solidarität in der Arbeiterschaft doch noch nicht so ganz vergessen sein, zumal gerade bei dieser Gelegenheit auch die Arbeitgeberseite von der "Unenteilbarkeit der unternehmerischen Verantwortung" abgesprochen hat. Auch in ihren übrigen Bemerkungen hat die Bundesregierung nur noch einmal gezeigt, wo sie innerpolitisch steht. Mit ihrer Warnung vor der "Gefährdung des inneren Friedens" wandte sie sich an die falsche Adresse, als sie damit die Gewerkschaften ansprach. Denn den Anlass hat nun einmal ohne jeden Zweifel Herr Reusch gegeben. Man kann die Dinge schließlich nicht so sehen und behandelt wissen, dass die eine Seite provozieren kann, weil es sich nur um die Äußerung eines einzelnen Mannes handelt, freilich in einer außerordentlich exponierten Position, während die andere Seite, auf der Millionen stehen, dazu den Mund halten und sich jeder wirksamen Gegenäußerung entsagen soll, weil dadurch der innere Friede gestört werde.

Ebenso abwegig ist auch der Regierungshinweis auf schädliche Wirkungen des Proteststreiks im Hinblick auf die Kommunisten. Diese wissen, trotz ihrer zur Schau getragenen Genugtuung, ganz genau, dass diese große Demonstration ihnen nicht das geringste nützen wird

und dass der politische Vorteil für sie erst dann beginnt, wenn sie darauf hinweisen können, dass die Arbeiterschaft in Westdeutschland sich ohne Widerspruch mit einer Entwicklung abfindet, deren Richtung durch die rednerischen Ausfälle des Dr. Reusch so dankenswert deutlich gemacht worden ist.

Zu dem weiteren, recht naiven Einwand, jeder Mensch müsse doch die Möglichkeit haben, seine Meinung frei zu äußern, auch Herr Reusch, ist nur zu sagen: natürlich kann er das. Und ihm geschieht ja auch nicht das Geringste. Aber über die außerhalb seiner Person liegenden Folgen solcher freien Meinungsäußerungen müssen er und seine Freunde sich eben klar sein. Ganz daneben geht schließlich die vor der Industrieführung aufgestellte Behauptung, es verstöße gegen Recht und Verfassung, die Entscheidung gesetzgebender Organe durch Streik zu beeinflussen, deshalb, weil nach der ausdrücklichen Feststellung der IG Metall die Protestaktion nicht gegen Bundestag oder Bundesregierung gerichtet ist. Wenn in diesem Zusammenhang von manchen Stellen darauf hingewiesen wird, das Zusammentreffen der Streikdemonstration mit den Vorbereitungen auf die Verhandlungen über die Mitbestimmung bei den Holding-Gesellschaften sei doch recht auffallend, so ist dazu nur zu sagen, dass auch für die Wahl des Zeitpunktes für seinen Vorstoß Herr Reusch selbst die Verantwortung trägt und man den Gewerkschaften schließlich nicht zumuten konnte, mit ihrer Reaktion darauf zu warten, bis die erwähnten Verhandlungen, vielleicht nach Monaten, beendet sind.

Das, was hier an Herausforderung und Zurückweisung sichtbar geworden ist, stellt, wie von sozialdemokratischer Seite schon kurz festgestellt worden ist, keinen isolierten Vorgang dar, sondern ist Ausdruck einer gegensätzlichen politischen Entwicklung, die weit über den Rahmen der im Vordergrund stehenden Geschehnisse hinausreicht. Es ist der Beginn einer großen Kraftprobe zwischen denen, die eine gewisse Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik benutzen wollen, ihre politische Vormachtstellung zurückzuerobern und dabei vor allen auf die gegenwärtige parlamentarische Situation vertrauen, und denen, die sich damit unter keinen Umständen abfinden wollen. Es ist nicht die Person des Dr. Reusch, um die es geht, sondern es handelt sich um den Probestfall einer Entwicklung, die sich immer dunkler am Horizont abzeichnet.

Algerische Reformen in Sicht

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Seit etwa 100 Jahren wird in Algerien reformiert, wurde nach und nach die militärische direkte Verwaltung von Nord nach Süd durch die Zivilverwaltung ersetzt und schließlich auch, im Jahre 1947, das Bürgerrecht an die bis dahin als Untertanen angesehenen Eingeborenen verliehen.

Das vieldiskutierte Algerische Statut von 1947 hatte der Willkür der Ministerialdekrete - bis dahin die tatsächliche gesetzgebende Gewalt - ein Ende bereitet. Vieles kam in geregelte Bahnen, und die nunmehr zu Bürgern ernannten Eingeborenen konnten in mehr als einer Beziehung feststellen, dass sich etwas gewandelt hatte. Ein algerischer Briefträger kann sich nach Paris versetzen lassen, auch wenn er Mohammed heißt. Die in Frankreich lebenden algerischen Arbeiter sind jedem französischen Bürger gleichgestellt, mit Ausnahme des Lebensstandards, denn sie bilden in der Welt der Arbeit Frankreichs eine Art Unterproletariat.

Aber es gab nicht wenige Bestimmungen des Statuts, die bis heute auf dem Papier stehen geblieben sind, so beispielsweise die Trennung von Staat und Kultusverwaltung, die den Mufti in der Moschee zum V-Mann der politischen Polizei macht und die Auflösung jener sonderbaren Gebietskörperschaften, die man in Algerien "Gemischte Gemeinden" nennt. Auch der Unterricht der arabischen Umgangssprache in den Schulen war vorgesehen. Aber abgesehen von einem recht diskutablen Übersetzungsdienst in der Landesversammlung hat sich auf diesem wichtigen, aber von den algerischen Franzosen in seiner psychologisch-politischen Bedeutung unterschätzten Gebiet in fast sechs Jahren nichts getan. Jeder Versuch, diesen Bestimmungen zur Geltung zu verhelfen und Wahlen durchzuführen, die außerhalb der Städte den arabisch-algerischen Wählern wirklich eine Wahl lassen würden, stieß bisher auf den einhelligen Widerstand der Verwaltungsbürokratie des Generalgouvernements und der europäischen, agrar-kapitalistischen Mächte, die das Land tatsächlich beherrschen. - 4 -

Es konnte daher nicht überraschen, dass die nunmehr angekündigten Verwaltungsreformpläne des Innenministers Mitterand in erster Linie von den europäischen Agrarunternehmern angegriffen werden, die befürchten, dass jede Reform der "Gemischten Gemeinden" ^{zur} Selbstverwaltung der arabisch-kabyllischen Bevölkerung führen und das Privileg der Europäer im "Bled" d.h. auf dem Lande, brechen muß. Man ist in diesen Krisen zu keiner Konzession bereit und hält daher jede Anpassung an die in Frankreich geltenden Regeln für verfehlt. Dies erklärt wiederum die, für den Fremden überraschende, Tatsache, dass die Union der Freunde des algerischen Manifests, welche den gemäßigten und fortschrittlichen Nationalismus vertritt, auf einen Teil der Reformen nicht völlig ablehnend reagierte. Sie begrüßt eine Aufteilung der großen Verwaltungseinheiten, insbesondere das vorgesehene Saharadepartement mit der Oasenstadt Colomb-Béchar als Hauptort, die Minderung der Kompetenzen des Generalgouvernements zugunsten der Zentralregierung in Paris und sogar die Verschmelzung der Polizei mit der des europäischen Frankreichs. Wie stets mischt sich in diese vorsichtige Zustimmung der Zweifel, dass man in Algier auch ausführt, was in Paris beschlossen wurde.

Allzuvielen Enttäuschungen auf diesem Gebiet mahnen zur Vorsicht. Und in den Volksmassen steigert sich dieser Zweifel zum offenen Mißtrauen. Worte, Taten und Programme sind in Algerien recht verschiedene Dinge. Eine psychologische Lockerung aber, wie sie seinerzeit durch den Besuch von Mendès-France in Tunis erreicht wurde, würde in Algerien von großer politischer Bedeutung sein, auch wenn hier die militärisch-polizeiliche Lage keine ernste Befürchtungen für die Sicherheit der europäischen Bevölkerung zulässt.

* * *

Eine nationalpolitische Tat

Ein Deutscher aus Norwegen schreibt uns:

Der Oppositionsführer und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauser, war kürzlich auf Besuch in Oslo. Er war von dem zentralen Kulturverein der norwegischen Arbeiterbewegung, der traditionsreichen Arbeitergesellschaft Oslos,

eingeladen worden, dort einen Vortrag über deutsche Politik zu halten. Anwesend waren nur Mitglieder der Gesellschaft und geladene Gäste aus der norwegischen Arbeiterbewegung, darunter auch führende Mitglieder der Regierung, wie Außenminister Halvard Lange. Der Staatsrundfunk veranstaltete ein Interview und Ollenhauer traf sich dabei mit einem alten Freund, dem früheren Unterrichtsminister und jetzigen Direktor des Rundfunks, Kaare Postervold. Der Botschafter der deutschen Bundesrepublik bemühte sich um den deutschen Gast nur bestimmter norwegischer Kreise und war bei seiner Ankunft wie bei seinem Abflug persönlich dabei.

Zeitungen sämtlicher politischer Schattierungen brachten ausführliche Berichte über diesen Besuch. Keine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens Deutschlands hat seit Kriegsende, darin waren sich diese Berichte einig, einen gleich freundlichen Empfang erfahren, der soviel Widerhall in der Öffentlichkeit fand. Auffallend ist höchstens die leise Andeutung eines Bedauerns in der regierungsfremden Presse, dass man in den Kreisen der norwegischen Arbeiterpartei diesen willkommenen Gast für sich sozusagen zu monopolisieren versucht hat. Damit zeigt sich, dass der Besuch Ollenhauers nicht nur als ein Besuch unter Parteifreunden zu werten ist, sondern als eine für Deutschland erfreuliche nationalpolitische Tat.

* * *

Kraft - Oberländer hart bedrängt

A.E.- Nicht nur Revolutionen verschlingen ihre eigenen Kinder, auch die Gründer von Parteien schweben in ständiger Gefahr, wenn das Werk, das sie schufen, Tendenzen zur Eigenständigkeit aufweist. Eine physische Hinrichtung hat der Schöpfer des BHE, Bundesminister Waldemar Kraft, auf dem am 29. Januar stattfindenden Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Block - BHE wohl nicht zu befürchten, wohl aber die politische Isolierung innerhalb seiner Partei. Die Krise, in der der BHE steckt, lässt sich nicht mehr verbergen, ihr sichtbarer Ausdruck sind heftige Anklagen und Gegenanklagen innerhalb der Führungsschicht, eine weitgehende Unzufriedenheit von unten und der Zerfall der Bundestags-Fraktion in drei Gruppen, in der die Kraft- und Oberländer-Gruppe die kleinste ist.

Dem BHE ist die Beteiligung an der Regierung Adenauer nicht gut

bekommen. Die Hauptmasse seiner Wähler sind immer noch die Ostvertriebenen. Der Sprung zur wahren gesamtdeutschen Partei, symbolisiert in der Namensänderung von BHE zu GB (Gesamtdeutschen Block), blieb schon im Anfang stecken. Niemand kann das Gesetz, nach dem er angetreten, ungestraft verlassen. Die Zustimmung zu dem Saarstatut, zu den Pariser Verträgen und zu der gesamten außenpolitischen Konzeption des Bundeskanzlers bedeutet im Grunde genommen die Selbstaufgabe dieser Partei. Wer die Saar um der Pariser Verträge willen opfert, begibt sich der moralischen Berechtigung, vor der Weltöffentlichkeit die Rückgabe der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete zu verlangen.

Diese nicht immer klar ausgesprochene Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen Saar und gesamtdeutscher Zukunft ist der psychologische Hintergrund für die Spannungen im GB/BHE. An ihr entzündeten sich die Gegensätze, gesteigert noch durch das Ausbleiben der in die Regierungsbeteiligung gesetzten Erwartungen, wie eine Verbesserung des Lastenausgleichs, eine schnellere Eingliederung der Vertriebenen in das wirtschaftliche Gefüge und eine fühlbare Linderung des Rentner- und Wohnungselends, von denen die Vertriebenen am härtesten betroffen werden. Die neun Millionen Flüchtlinge, die nach dem Zusammenbruch nach Westdeutschland strömten, kommen im Regelfall nicht mehr zum Zuge, ihre sozialen Aufstiegsmöglichkeiten sind verbaut, sie haben keine Aussicht, vor allem nicht die Bauern und deren Söhne, ihren früheren sozialen Status wieder zu erreichen.

Die "Kölnische Rundschau", das Leibblatt des Kanzlers, macht es sich allzu leicht, wenn es die Krisenerscheinungen ausschließlich auf Eifersüchteleien und Rivalitäten zurückführt. Sie übersieht, dass die Welle der Unzufriedenheit, des Unbehagens und der Enttäuschung gegen die Gruppe Kraft-Oberländer von unten kommt und Linus Kather als Vorsitzender des Zentralverbandes Vertriebener Deutscher notwendig zum Exponenten dieser Strömung werden mußte. Er ist, wie schon einmal während seiner Zugehörigkeit zur CDU, wieder in die Rolle eines Opponenten innerhalb der Partei gedrängt, diesmal noch mit dem allerdings bemerkenswerten Unterschied, dass er sich auf eine beträchtliche Mehrheit von Anhängern in den Landes- und Kreisverbänden, wie auch in der Bundestagsfraktion stützen kann. Die Gerüchte von einem Übertritt Krafts zur CDU mögen in diesem Stadium der inneren Auseinandersetzung vielleicht nicht ganz zutreffen, aber sie beleuchten eine Situation, die zur Entscheidung drängt.

Wird die derzeitige Führung dem Druck von unten auf längere Sicht widerstehen können? Wird sie der Frage der Weiterbeteiligung an der Koalition noch lange ausweichen können? Der saturierte Flügel um Kraft-Oberländer und Dr. Eckhardt drängt auf die Zustimmung zu den Verträgen um jeden Preis, während die Gruppe um Dr. Kather, Dr. Keller und Feller das Saarabkommen ablehnen will, auch wenn damit das ganze Pariser Vertragswerk in die Brüche geht. Noch ist der Ausgang dieses Konfliktes nicht entschieden. Aber wie immer er auch ausgehen mag, die ursprüngliche Aufgabe des Sonder-Bundesministers Kraft, Vermittler zwischen Bundesregierung und BHE-Fraktion zu sein, ist wohl gescheitert. Kraft selbst bedarf eines Vermittlers, um sich in der Bundestagsfraktion und bei den Landesverbänden noch zu behaupten.

Verehrungswürdiger Freiheitsheld

op. Walter Hammer, in den zwanziger Jahren Herausgeber der Zeitschrift "Junge Menschen", hat gerade zum 10. Todestag eine Schrift zum Gedächtnis seines Freundes, Theodor Haubach, in der Europäischen Verlagsanstalt G.m.b.H., Frankfurt am Main, herausgebracht, ein sauber ausgestattetes Büchlein mit zwölf Fotografien auf Kunstdruck, 85 Seiten, DM 3.80. Er sagt in seinem Vorwort darüber u.a. folgendes:

"Nun haben sich in dem vorliegenden Gedenkbuch Freunde und Gefährten eines besonders verdienten Mannes zusammengefunden, um zunächst einmal vorzugsweise für ihn ein solches Denkmal aus Wort und Bild zu gestalten. Zwanzig Männer und Frauen, die unterschiedliche Standpunkte vertreten, schildern hier Leben und Wirken und Opfertod Theo Haubachs, zwanzig Männer und Frauen, Dichter, Künstler und Gelehrte, Staatsmänner, Parlamentarier und Publizisten. Aus zwanzig grossen und zahllosen kleinen Mosaiksteinen rundet sich das Lebensbild eines verehrungswürdigen Freiheitshelden ab."

Einge Namen seien besonders genannt: Karl Jaspers und Alfred Weber, Eugen Gerstmaier, Kasimir Edschmid, Gerhart Pohl, Wolfgang Petzet, Walter G.Oschilewski. Haubach selbst kommt mit seiner Gedenkrede für seinen engsten Freund, Carlo Mierendorff, zu Wort, sowie mit eigenen Briefen.

Die über achtzig Seiten umfassende Schrift bringt eine Fülle von Erinnerungen, Gedanken und Daten, die damit der Vergessenheit entrissen werden und die vor allem auch heute noch, zehn Jahre nach dem Tode Haubachs, weiter wirken sollen. Hammer sagt dazu:

"Aber es genügt nicht, bloss mit Worten ihrer Leidenswege und ihres Opfertodes zu gedenken. Die Jugend unserer Tage muss sich ihnen verpflichtet fühlen zur nachreifenden Tat. Die sich für Freiheit und Menschenwürde und für die Ehre des deutschen Namens geopfert haben, hinterlassen ein Testament, welches noch vollstreckt werden will. Zwar gehörte es zu den Teufeleien ihrer Mörder, dass die zum Tode verurteilten Menschen des Widerstandes nicht nur ihres Lebens beraubt wurden, dass vielmehr darüber hinaus auch noch ihre Namen in allen Archiven getilgt und ihre Werke aus den Bibliotheken herausgeholt und vernichtet wurden. Aber wäre es nicht eine dankbare Aufgabe, vielleicht doch noch erhalten Gebliebenes aufzuspüren und das von Hitler so grausam unterdrückte Gedankengut noch fruchtbar werden zu lassen? Das gilt vor allem für die Kreisauer Dokumente, an deren Zustandekommen Dr. Theodor Haubach hingehend mitgewirkt hat."

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau